

Die Gemeindevertretung Gültitz-Reetz beschließt, die Errichtung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen (PV-FFA) im Gemeindegebiet künftig nur dann zuzulassen, wenn:

1. durch den Investor die kommunalen Vertreter und die Einwohner des betroffenen Ortes in einer **Einwohnerinformationsveranstaltung** über das Vorhaben informiert werden und die Einwohner hier auch die Möglichkeit haben, ihre Auffassung zu dem Vorhaben zu äußern,
2. die PV-FFA eine **maximale Größe** ha nicht übersteigt.
In der Gemeinde Gültitz-Reetz sollen insgesamt nicht mehr als **5% der LN** für PV-FFA genutzt werden.
3. der zuständigen **Jagdgenossenschaft** und den betroffenen **Bewirtschaftern** der landwirtschaftlichen Flächen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Bauvorhaben gegeben wird,
4. bei Lage des Bauvorhabens im Grenzgebiet zu einem **benachbarten Orts- oder Gemeindeteil** auch diesem Ort/der Gemeinde Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Bauvorhaben gegeben wird,
5. der **Abstand zu Wohngebäuden** mindestens 300 m beträgt. Ein geringerer Abstand ist nur mit Zustimmung der betroffenen Grundstückseigentümer zulässig,
6. die **Grenze des Solarparks** umlaufend mit einheimischen standortgerechten Gehölzen in einer Breite von mindestens 5 m so bepflanzt wird, dass vom nächstgelegenen Ort ein direkter Blick auf die Solarmodule ausgeschlossen ist, mindestens ein Drittel der Breite dieser Bepflanzung muss beim Pflanzen eine Höhe von mindestens 1,50 m haben.
7. sich für den **Ort keine optische Umzingelungswirkung** durch die Solarparks ergibt, zur **Vermeidung einer Umfassung von Siedlungsteilen** soll der maximal zulässigen Umfassungswinkel 120 ° betragen,
8. die Bürgerinnen und Bürger und die Gemeinde die Möglichkeit haben, sich am Solarpark als Anteilseigner zu beteiligen (**Bürgersolaranlage**),
9. der **Sitz des Unternehmens** in der Gemeinde begründet wird, damit die Gewerbesteuer vollständig in die Gemeinde fließt. Für den Fall eines Verkaufes der PV-FFA ist jedem Käufer diese Verpflichtung aufzulegen,
10. auf den Flächen zwischen den Solarmodulen **Grünflächen** mit einheimischem standortgerechten Saatgut angelegt werden, die eine Ansiedlung geschützter Tierarten (Insekten, bodenbrütenden Vögeln, kleine Säugetiere) ermöglichen. Es ist eine mehrjährige Blütmischung zu verwenden,
11. **Mäharbeiten** auf den angelegten Grünflächen zum Schutz der dort lebenden Tiere in der Fortpflanzungsperiode nicht vor dem 15. Juli eines jeden Jahres gestattet sind,
12. die **Umzäunung** des Solarparks so gestaltet wird, dass im Bodenbereich eine Bodenfreiheit von 10 cm sichergestellt ist, damit Kleintiere dauerhaft Durchschlupf finden und die Fläche weiterhin ihre bisherige Funktion für die herkömmlich vorkommenden Arten besitzt,
13. **weder** auf den mit Solarmodulen bestandenen Flächen noch auf die Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft **Herbizide oder Insektizide** eingesetzt werden, zur Modulreinigung dürfen keine chemischen Mittel eingesetzt werden,

14. ausgeschlossen wird, dass von den zum Betrieb des Solarparks notwendigen **Transformatorstationen** eine Beeinträchtigung durch **Lärm** auf Wohnbebauungen erfolgt,
15. sofern der Bau zusätzlicher Leitungen zum Abführen des erzeugten Stroms erforderlich ist, wird **ausschließlich eine Erdverkabelung** zugelassen,
16. die gesicherte **Rückbauverpflichtung** mit den Grundstückseigentümern erfolgen muss,
17. der Abschluss eines **städtebaulichen Vertrages** zur Sicherung der Planungs- und Erschließungskosten erfolgt,
18. naturschutzfachliche und landschaftsbildästhetische **Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen** im Plangebiet bzw. im Ort/in der Gemeinde erfolgen.
Sollte dies aus nachzuweisenden Gründen nicht möglich sein, sollen die Maßnahmen im Amtsgebiet erfolgen.
19. Nachgewiesen ist, dass der produzierte Strom in ein **öffentliches Netz eingespeist** werden kann.
20. Das **Sponsoring** ortsansässiger Vereine erfolgt.
21. Bei PV-FFA an die Gemeinde **0,2 Cent pro Kilowattstunde** für die tatsächlich eingespeiste Strommenge an die Gemeinde gezahlt wird.

Grundsätzlich ist von jedem Investor mit einem Antrag auf Einleitung eines vorhabenbezogenen B-Plan-Verfahrens zu den einzelnen Vorgaben eine verbindliche schriftliche Erklärung durch den Geschäftsführer o.ä. abzugeben. Diese Erklärung wird der Gemeindevertretung zur Beratung mit vorgelegt. Damit hat die Gemeindevertretung die Möglichkeit zu prüfen, ob die von ihr festgelegten Vorgaben eingehalten werden.

Dieser Vorgabenkatalog tritt ab Beschluss durch die Gemeindevertretung in Kraft. Er ist auf der Internetseite des Amtes Putlitz-Berge zu veröffentlichen.